

Grüne diskutieren über Gentechnik - Ostendorff lobt ergebnisoffene Diskussion

Positiv wertet der agrarpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Friedrich Ostendorff, die neu entfachte Debatte in seiner Partei um die grüne Gentechnik. „Den jüngeren Parteimitgliedern reicht es nicht zu sagen, wir lehnen das ab, weil das schon immer unsere Position gewesen ist und deswegen auch bleiben muss“, sagt Ostendorff. Der initiierte Diskussionsprozess sei offen. Der Grünen-Politiker wirft der Bundesregierung Versäumnisse in der Schweinehaltung vor. So gebe es bislang keine Initiativen, die bestehenden baurechtlichen Probleme zu lösen, um damit die Genehmigung von Stallbauten zu erleichtern. Er ist für ein Bundesprogramm Sauenhaltung.

Länderberichte 1

DBV beklagt erhebliche Ernteauffälle wegen Dürre - Stimmung der Landwirte schlechter

Die Ernteauffälle in Teilen des Bundesgebiets haben nach Einschätzung des Deutschen Bauernverbandes bei den Feldfrüchten und beim Grünland mittlerweile ein existenzbedrohendes Ausmaß angenommen. Wie Präsident Joachim Rukwied im ersten Erntebericht des Verbandes betont, haben auch die Kulturen auf ertragreicheren Standorten unter der Trockenheit gelitten. Bei der Wintergerste rechnet der DBV jetzt mit einem Ernterückgang um 1,7 Mio t auf 7,3 Mio t. Aufgrund des Regenmangels hat sich die Stimmung der Landwirte weiter verschlechtert. Laut dem aktuellen Konjunkturbarometer Agrar ist deshalb auch mit einem kräftigen Rückgang der Investitionstätigkeit der Betriebe zu rechnen.

Länderberichte 18 und Markt+Meinung 12

Kein Volksbegehren gegen Flächenverbrauch in Bayern - Kritik an Düsseldorfer LEP-Entwurf

Das Volksbegehren „Damit Bayern Heimat bleibt - Betonflut eindämmen“ wird es nicht geben. Dieses ist laut Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs unzulässig, da der Gesetzgeber gehalten ist, „die wesentlichen Bestimmungen einer Sachmaterie selbst zu regeln“. Der BBV mahnte flächensparende Planungsvorgaben bei Bau- und Infrastrukturprojekten an. Die Initiatoren hatten rund 48 200 Unterschriften gegen den Flächenfraß gesammelt. Derweil bekräftigte der Berufsstand in Nordrhein-Westfalen seine Kritik am Regierungsentwurf für einen neuen Landesentwicklungsplan. Der WLW beklagte, dass damit das bisherige Ziel, den Flächenverbrauch auf 5 ha täglich zu begrenzen, aufgegeben werde.

Länderberichte 15 und 16

Berlin und Paris wollen stabiles Agrarbudget

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und ihr französischer Amtskollege Stéphane Travert haben sich mit Blick auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 in einer bilateralen Erklärung für ein stabiles Agrarbudget ausgesprochen. Notwendig sei zudem eine „schnellstmögliche“ Einigung über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Gemeinschaft. Des Weiteren wird in dem gemeinsamen Papier gefordert, dass die geplante verpflichtende Obergrenze für Direktzahlungen lediglich optional ausgestaltet werden sollte. Zudem fordern sowohl Deutschland als auch Frankreich, die Ausgestaltung der GAP weiter zu vereinfachen. Auf dem Agrarrat in Brüssel warb daher Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aekens für mehr Praxistauglichkeit und Effizienz sowie Vereinfachungen bei der kommenden Agrarreform. Von Deutschland wurden in diesem Zusammenhang die Ausgestaltung der Konditionalität der Ersten Säule, die Regelungen zum echten Betriebsinhaber sowie der von der Kommission geplante Kontrollumfang kritisiert. EU-Agrarkommissar Phil Hogan verteidigte indes seine Reformvorschläge. So könnten die Mitgliedstaaten etwa ihr eigenes Kontroll- und Strafsystem entwickeln. Auch werde die Anzahl an Verordnungen drastisch reduziert, so der Ire. Frankreich brachte derweil angesichts des Reformumfangs eine Übergangszeit von zwei Jahren bis zur vollständigen Umsetzung der neuen GAP ins Spiel. Unterdessen musste sich Rumänien beim Agrarministertreffen aufgrund von Fehlern im Umgang mit der Afrikanischen Schweinepest (ASP) der Kritik von Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis stellen. EU-Nachrichten 1, 2 und 10